

Wifö

Hauptausschuss

Sitzung 07. Februar 2022

Dringlichkeitsantrag CDU-Fraktion zur Situation Post in Eitorf

Stellungnahme Wirtschaftsförderung:

Der vorliegende Antrag ist mit Datum 03.02.2022 bei der Verwaltung eingegangen.

Unabhängig der zu treffenden Dringlichkeitsentscheidung im Zuge der Sitzung des Hauptausschusses ist eine Beantwortung der aufgeführten Fragestellungen durch die Verwaltung kurzfristig erfolgt, um diese in der Sitzung darzulegen bzw. der Niederschrift beizufügen.

Vorab soll darauf hingewiesen sein, dass sowohl die Bedeutung eines weiterhin vorzuhaltenden Angebots der Deutschen Post (klassische Post und Postbank) im Zentralort als auch die Dringlichkeit zur alternativen Standortsuche seitens der Verwaltung bereits in den Sitzungen des Rates am 06.12.2021 und 24.01.2022 herausgestellt und behandelt worden ist. Die Verwaltung hat in diesem Zuge bereits auf die sich abzeichnende Situation hingewiesen und herausgestellt, dass jegliche Anstrengungen unternommen werden, um Lösungen für Post- und Postbankdienstleistungen gemeinsam mit dem Konzern zu eruieren.

Vor diesem Hintergrund soll eine Beantwortung der aufgeführten Fragen 1 bis 4 wie folgt stattfinden:

- Zu 1.
Die Wirtschaftsförderung steht seit Herbst 2021 in Kontakt mit der Deutschen Post. Die Absichten zur Abwanderung am Standort Poststraße 4 wurden der Verwaltung ausführlich dargelegt. Seitdem finden regelmäßige Abstimmungen statt, um den Verlauf des Verfahrens und die gegenseitigen Lösungsansätze stets zu aktualisieren.
Die Verwaltung hat betont, dass ein ersatzloser Wegfall des aktuellen Postangebots keine Alternative darstellen darf und auch zukünftig ein entsprechendes Dienstleistungsangebot im Zentralort vorgehalten werden sollte.
Potentielle Alternativstandorte konnten bereits eruiert und gemeinsam vorbesprochen werden. Diese befinden sich allesamt in zentraler Lage im Ortskern. Seitens der Post wurde betont, gute Gespräche hinsichtlich möglichen Standorten zu führen, dennoch sei indes noch keine abschließende Entscheidung zur Standortfrage getroffen. Angestrebt sei, einen Alternativstandort für Postdienstleistungen im Zentrum zu ermöglichen.
Die Wirtschaftsförderung steht in nahezu wöchentlichem Austausch mit der Post. Sollten die aktuell präferierten Varianten nicht umsetzbar sein, werden auch weitere Immobilien in die Überlegungen mit einbezogen.
Gleichzeitig hat die Postbank mitgeteilt, aus wirtschaftlichen und unternehmensinternen Erwägungen die vorhandenen Geldautomaten/Kontoauszugsdrucker ersatzlos wegfallen lassen zu wollen. Die Verwaltung versucht, auch diesbezüglich eine Lösung zu erarbeiten und eine mögliche gemeinsame Realisierung von neuem Standort Post zusammen mit den

Dienstleistungen der Postbank abzustimmen. Festzuhalten bleibt allerdings, dass jene Entscheidung ausschließlich der Wirtschaftlichkeitsabwägung der Postbank vorbehalten ist.

- Zu 2.
Aktuell finden Gespräche und Verhandlungen für mögliche Standorte statt, die zielführend erscheinen (s. auch Ausführungen zu Ziffer 1). Eine eigeninitiative verwaltungsseitige Prüfung für eine Containerlösung auf öffentlichen Flächen (Parkplätze oder Brachflächen) erscheint nach aktuellem Stand weder angeraten noch zweckmäßig für den weiteren Prozess. Losgelöst von der verwaltungsseitigen Kraftbündelung, die notwendig wäre, diese Prüfung durchzuführen, vermag eine solche Herangehensweise ohne vorherige Abstimmung mit der Deutschen Post auf eine überhaupt gegebene Zweckmäßigkeit einer derartigen Übergangslösung, aktuell nicht zielführend. Aktuell ist davon auszugehen, dass eine Lösung für ein geeignetes Ladenlokal gefunden werden kann.
- Zu 3.
Vor dem Hintergrund der gut laufenden Gespräche mit potentiellen Ladenlokalen erscheint auch dieser Ansatz zum aktuellen Zeitpunkt weder zielführend noch effektiv und wird daher verwaltungsseitig im Zuge der momentanen Verhandlungen nicht befürwortet, zu verfolgen. Losgelöst hiervon erscheint es selbstredend sinnvoll, potentielle Nachnutzungsmöglichkeiten für die leerstehende DB Bahnhofsimmobilie mit dem Eigentümer geordnet zu eruieren. Auch ein Poststandort wäre hier grundsätzlich denkbar. Doch befindet sich die Immobilie nach derzeitigem Kenntnisstand der Verwaltung in einem Zustand, der eine Nachnutzung nur unter erheblichen Sanierungsmaßnahmen ermöglichen. Eine finale Einschätzung hierzu seitens der Wirtschaftsförderung ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich. Eine kurzfristigere Lösung für Postdienstleistungen scheint durch die Akquise eines geeigneten Ladenlokals eher möglich.
- Zu 4.
Eine Ausrichtung der Projekte „Rathausneubau Brückenstraße“ und „Marktarkaden“ ist nach aktuellem Stand vollkommen offen. Die Verwaltung wird im Prozess die Integration verschiedener zentrumsrelevanter Dienstleistungen prüfen. Auch die Ansiedlung eines Poststandortes wäre denkbar und kann in die Überlegungen zu gegebener Zeit grundsätzlich mit einbezogen werden. Fraglich ist, ob eine Integration von Postdienstleistungen dann noch geboten erscheint, sollte kurzfristig eine alternative Lösung für einen Standort im Zentrum gefunden werden.

Die politischen Gremien sollen auch weiterhin in den kommenden Sitzungen hierzu informiert werden.

Engels